

NR. 44 / FEBRUAR 2026

GRÜNWÄRTS

INFOBULLETIN GRÜNE BASELSTADT & BASELSTADT



BASELSTADT & BASELSTADT

- > **HALBIERUNG DER SRG:** GEFAHR FÜR DIE DEMOKRATIE S. 3
- > **ABSTIMMUNGEN:** ALLE PAROLEN FÜR DEN URNENGANG VOM 8. MÄRZ S. 6
- > **JGB-ERWECKUNGSERLEBNIS:** ES GIBT WIEDER EINEN 100er CLUB! S. 9

- 2 Editorial
- 3 Thema: Halbierungsinitiative
- 6 Abstimmungen
- 9 JGB Nordwest
- 10 Aus den Kantonen: BL
- 11 Aus den Kantonen: BS
- 12 Vermischtes

Grünwärts – Infobulletin der
GRÜNEN Baselland und Basel-Stadt

Herausgeberin: GRÜNE Baselland
und Basel-Stadt, Viaduktstrasse 8,
4051 Basel

Redaktion: Tim Erb (te), Michael
Durrer (md), Janice Günther (jg),
Martin Stohler (ms), Oliver
Thommen (ot), Nadine
Freiermuth Samardžić (nfs)

info@gruene-bl.ch
sekretariat@gruene-bs.ch

Gestaltung: sarah@einfachgrafik.ch

Druck: bc medien ag

Gedruckt auf Nautilus,
100% Recycling, Blauer Engel

Erscheint 4-mal pro Jahr, Auflage
2200 Ex.

Redaktionsschluss: 4. Januar

Nächste Ausgabe: Mai 2026



Foto: Gaspard Weissheimer

Im Abstimmungsjahr 2026 reiht sich SVP-Initiative an SVP-Initiative – diese mit vereinten Kräften und erfolgreich zu bekämpfen, wird dieses Jahr ein grosses Engagement von uns allen erfordern. Packen wir es also an!

Den Auftakt macht die Halbierungsinitiative, deren Annahme am 8. März einen radikalen Abbau der SRG und damit eine massive Schwächung der unabhängigen Medienberichterstattung in der Schweiz bedeuten würde. In Zeiten von Desinformation und Propaganda ist diese Initiative brandgefährlich. Allerdings dürfte die Aussicht, weniger Gebühren (200 statt 300 Franken pro Jahr) für Fernsehen und Radio bezahlen zu müssen, für viele Stimmberechtigte attraktiv sein.

Wir müssen deshalb möglichst vielen Menschen klarmachen, dass diese Initiative einen Angriff auf unsere Demokratie darstellt. Ohne den Schutz durch die SRG vor Fake News und gezielter politischer Desinformation werden unsere demokratischen Prozesse massiv geschwächt. Das können wir uns nicht leisten, wie der Blick in die USA zeigt. Deshalb: Verhindern wir die Annahme dieser radikalen Initiative – und auch aller weiteren der SVP, die dieses Jahr folgenden werden.

Raphael Fuhrer und Fleur Weibel, Co-Präsidium

BOLLWERK DER DEMOKRATIE VERTEIDIGEN



Image by Pixels from Pixabay

Am 8. März stimmt die Schweiz
über die Zukunft der SRG ab.
Die Halbierungsinitiative
gefährdet nicht nur Arbeitsplätze,
sondern ist auch ein Angriff
auf die direkte Demokratie.

Die Volksinitiative «200 Franken sind genug! (SRG-Initiative)», von den Gegner:innen treffend «Halbierungsinitiative» getauft, verlangt die Senkung der Radio- und Fernsehgebühren (Serafe) von 335 auf 200 Franken pro Privathaushalt. Unternehmen sollen gar vollständig von der Abgabepflicht befreit werden. Eine solch radikale Budgetkürzung würde die SRG empfindlich treffen, muss sie doch heute schon sparen: Der Bundesrat hat bereits vor eineinhalb Jahren eine Senkung der Serafe-Gebühr von 335 auf 300 Franken pro Haushalt bis 2029 beschlossen. In den nächsten vier Jahren muss die SRG daher 270 Millionen Franken sparen und 900 Vollzeitstellen streichen.

Dreht die Bevölkerung der SRG durch ein Ja an der Urne den Geldhahn nun noch weiter zu, hätte dies fatale Folgen. Denn die Abbaupläne von Bundesrat und Initiant:innen fallen in eine Zeit, in der KI-generierte Fake News auf unregulierten Socialmedia-Plattformen wie TikTok oder X gezielt die Desinformation fördern und so autokratischen Tendenzen den Weg ebnen.

ZUVERLÄSSIGE INFORMATIONEN

Dagegen berichtet die SRG als Teil des Service Public unabhängig, faktenbasiert, regional vielfältig und viersprachig aus allen Teilen der Schweiz. Sie gewährleistet so auch in jenen Ecken des Landes die mediale Grundversorgung, wo private Tageszeitungen längst dem Mediensterben zum Opfer gefallen sind. Damit trägt sie nicht nur zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bei, sondern bildet vor allem eine lebenswichtige Voraussetzung für das System der direkten Demokratie. Dessen

Existenzgrundlage ist eine zuverlässig informierte Bevölkerung. Nur wer Zugang zu Informationen hat, kann sich eine Meinung bilden und diese in den öffentlichen Diskurs einbringen, um so die Gesellschaft und die in ihr bestehenden Verhältnisse mitzugestalten.

Die Aussicht, 100 Franken pro Jahr zu sparen, mag auf den ersten Blick zwar verlockend erscheinen. Ein Abbau der SRG ist aber keine harmlose Sparmassnahme, sondern kommt uns als Gesellschaft teuer zu stehen. Am 8. März gilt es, den Angriff auf die SRG mit einem Nein auf dem Stimmzettel abzuwehren.

Anna Stahl, Vorständin
GRÜNE Basel-Stadt

WIE INFORMIERE ICH MICH? WIR HABEN DREI GENERATIONEN GEFRAGT.

Simone Gysin, 1957

Ich lese gründlich und mit Gewinn «Die Zeit». Daneben alles, was ins Haus flattert, von Infos der Palästinasolidarität über den Kirchenboten bis zum Hausbesitzer. Auf mich zuflimmern darf



Bajour, die Nachrichten-, die politischen Recherche- und die Talksendungen im TV. Suche online gezielt zu Themen, Social Medias habe ich abbestellt. Radio hören, Podcasts hören, Bücher lesen! Kriterien für die Auswahl: Vertrauen (Referenzen, Erfahrung, Positionierung) und Berührtsein. Die Welt Stück für Stück besser verstehen lernen!

Farah Dettwiler, 1991

Ehrlich gesagt, informiere ich mich hauptsächlich via Instagram. Shame on

me. Insta ist meine erste Informationsquelle. Ich habe da die Medien, Personen und Organisationen abonniert, die



mich interessieren. Brauche ich mehr Infos, wechsele ich auf Webseiten verschiedener Medien. SRF.ch nutze ich nebenher als meine tägliche, allgemeine News-Seite. Auch die Dok-Formate und Podcasts von SRF helfen mir, umfassendere Infos zu einem Thema zu erhalten.

Tim Erb, 2006

Ich informiere mich über das politische Geschehen in der Schweiz hauptsächlich über digitale Medien. Oft stosse ich zuerst über soziale Netzwerke auf politische Themen, da dort viele Inhalte kurz und verständlich erklärt werden.

Diese geben mir einen ersten Überblick über aktuelle Diskussionen und Ereignisse.

Für vertiefte Informationen nutze ich zusätzlich Online-Zeitungen oder Angebote von SRG. Auch Plattformen wie Easyvote helfen mir, politische Themen besser zu verstehen, da sie neutral und einfach aufbereitet sind. Neben Medien spielen Gespräche mit Freundinnen, Freunden oder im schulischen Umfeld eine wichtige Rolle, da unterschiedliche Meinungen meine eigene Meinungsbildung beeinflussen.



Insgesamt ist mir wichtig, verschiedene Quellen zu vergleichen und Informationen kritisch zu hinterfragen, um mir eine fundierte Meinung zu bilden.

DEN SOCIAL-MEDIA-LÄRM BEGRENZEN

Zu viel Lärm macht krank. In der Schweiz schützen wir uns mit klaren Regeln vor Strassen-, Bau- oder Fluglärm. Diese Logik sollten wir auch auf Social Media anwenden.

Vor 20 Jahren kaum existent, sind Social Media heute allgegenwärtig. Kaum jemand kann sich ihnen entziehen, Jugendliche schon gar nicht. Sie sind aufdringlich, halten uns mit endlosem Scrollen fest und nutzen psychologische Tricks, um unsere Aufmerksamkeit zu binden und weiterzuverkaufen. Vor allem aber sind sie laut. Zuspitzung, Empörung und Extreme werden ver-

stärkt. Das ist unangenehm und ungesund, vergleichbar mit dauerhaftem Lärm. Deshalb gibt es Lärmschutzregeln. Sie setzen Grenzen und schützen die Bevölkerung. Niemand soll permanentem Krach ausgesetzt sein.

ZAHNLOSE PLATTFORM-REGULIERUNG

Diese Logik braucht es auch online. Plattformen dürfen Fake News, Hass und Polarisierung nicht weiter anheizen. Inhalte kommen zwar von Nutzerinnen und Nutzern, doch die Betreibenden verantworten die Algorithmen, die das laut machen, was aufpeitscht. Besonders Jugendliche sind diesem

Dopamin-Microdosing kaum gewachsen. Schutz davor fordern sie längst selbst, auch an der Jugendsession. Der Bundesrat hat eine Plattformregulierung vorgelegt. Sie ist ein erster Schritt, bleibt aber zu zaghaft. Algorithmen und Jugendschutz fehlen weitgehend. Hier muss das Parlament nachbessern. Erst wenn süchtig machende Algorithmen begrenzt werden, können Social Media ihr positives Potenzial entfalten, als Orte von Information, Austausch und Teilhabe statt als Dauerlärm, der unsere Gesellschaft belastet.

Gerhard Andrey, Nationalrat GRÜNE Fribourg

WAS EINE HALBIERTE SRG DIE REGION BASEL KOSTEN WÜRD

Weniger Sichtbarkeit und wirtschaftliche Einbussen wären die Folgen der Halbierungsinitiative.

Die Annahme der Halbierungsinitiative hätte spürbare Folgen für den Service Public, denn sie würde das Budget der SRG tatsächlich halbieren. In der Region Basel, wo SRF seit Jahrzehnten mit Redaktionen, Studios und zahlreichen Arbeitsplätzen präsent ist, hätte dies weitreichende wirtschaftliche, kulturelle und gesellschaftliche Konsequenzen. Der öffentliche Rundfunk spielte in Basel historisch stets eine wichtige Rolle. Früh war die Region Teil des fö-

deral organisierten Mediensystems der Schweiz. Das damalige Radio Basel trug wesentlich dazu bei, die Identität der Nordwestschweiz sichtbar zu machen und die Bevölkerung verlässlich zu informieren, was in einer Grenzregion mit engen Verflechtungen zu Deutschland und Frankreich besonders wichtig ist. Eine Halbierung des Budgets würde das Angebot der SRG massiv ausdünnen. Regionale Berichterstattung würde reduziert, Redaktionen müssten zusammengelegt oder geschlossen werden. Zentrale Themen der Region Basel – von der Pharma- und Chemieindustrie über Wissenschaft bis zur vielfältigen Kulturszene und grenzüberschreiten-

den Politik – erhielten weniger mediale Aufmerksamkeit. Damit ginge ein historisch gewachsener Teil regionaler Sichtbarkeit verloren.

Auch wirtschaftlich wäre der Schaden erheblich: Qualifizierte Arbeitsplätze gingen verloren, lokale Produktionsfirmen und Kulturschaffende würden geschwächt. Vor allem aber geriete eine zentrale Säule der regionalen demokratischen Meinungsbildung ins Wanken.

Florence Brenzikofer, Nationalrätin GRÜNE BL, Mitglied der nationalrätlichen Verkehrs- und Fernmeldekommission

WENIGER MITTEL FÜHREN NICHT ZU BESSERER INFORMATION

Demokratie braucht verlässliche Informationen. Und die gibt es nicht gratis.

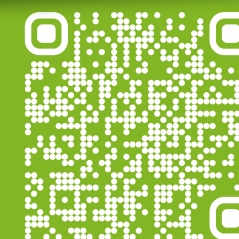
Das Eisenbahnnetz aus falsch verstandener Sparsamkeit verlottern zu lassen, ist ein Blödsinn. Dieser Feststellung dürften selbst eingefleischte Anhänger*innen des motorisierten Strassenverkehrs zustimmen. Eine ebenso fragwürdige Idee ist es, den öffentlich-rechtlichen Medien weiter die Mittel zu kürzen. Mit ihrem Service Public sind sie ein zentraler Teil unserer demokratischen Infrastruktur. In Zeiten von Fake News, alternativen Fakten und Verschwörungstheorien braucht es sie, um die Informationssicherheit und Informationsqualität zu gewährleisten.

PERSONALABBAU

Die Beschaffung und Aufbereitung von Informationen erfordert professionelles Know-how und ist mit Kosten verbunden. Das gilt sowohl für die

privaten wie für die öffentlich-rechtlichen Medien. In den letzten zwanzig, dreissig Jahren hat eine Abwanderung von Werbeeinnahmen von den «klassischen» Medien – insbesondere von den Printmedien – zu den «sozialen» Medien stattgefunden. Die betroffenen privaten Medienhäuser haben darauf mit Personalabbau in den Redaktionen und bei der Produktion sowie mit Zeitungs-Zusammenlegungen reagiert. Dies hat kaum zur Steigerung der Qualität und zur inhaltlichen Vertiefung der Berichterstattung geführt. Das Gegenteil ist oft der Fall. Ob bewusst oder als Nebenresultat: Die angestrebte weitere Mittelverknappung für das Schweizer Radio und Fernsehen (SRF) hätte vergleichbare Folgen. Dies gilt es zu verhindern: mit einem überzeugten Nein zur Halbierungsinitiative. (ms)

MEHR ZUM THEMA MEDIENPOLITIK IN DER GRÜNWÄRTSAUSGABE 12



gruene-bs.ch/wp-content/uploads/sites/16/2018/02/180207-gruenwaerts_jan.pdf

ABSTIMMUNGEN NATIONAL

JA ZUR KLIMAFONDS-INITIATIVE – MEHR MITTEL FÜR DEN KLIMASCHUTZ

Weltweit sehen wir immer häufiger Überschwemmungen, Hitzewellen, Dürren und Stürme, die ganze Dörfer verwüsten und Menschenleben fordern. Naturkatastrophen wie diese hinterlassen nicht nur grosse Schäden, sondern sind auch ein eindringlicher Appell an unsere Verantwortung, für den Schutz unseres Klimas und unserer Umwelt einzustehen.

Mit den bislang beschlossenen Klimamassnahmen erreicht die Schweiz nicht einmal das eigene Ziel von Netto-Null-Emissionen bis 2050. Von der Verpflichtung des Pariser Klimaabkommens, einen gerechten Beitrag ans 1,5-Grad-Ziel zu leisten, ist die Schweiz weit entfernt. Die Klimafonds-Initiative sorgt

dafür, dass die benötigten Mittel zum Schutz von Klima und Biodiversität konsequent und mit sozialgerechten Massnahmen bereitgestellt werden. Die Initiative fordert, dass die Schweiz jedes Jahr zwischen 0,5 bis 1 Prozent des Bruttoinlandsproduktes in den ökologischen Umbau der Schweiz investiert. Es braucht diese Investitionen, damit wir die nötige Veränderung endlich schaffen. Der Klimafonds soll insbesondere für die Dekarbonisierung von Verkehr, Gebäuden und Wirtschaft, den Ausbau der erneuerbaren Energien und die Stärkung der Biodiversität verwendet werden. Weiter soll der Fonds für die notwendigen Aus-, Weiterbildungs- und Umschulungsmassnahmen

eingesetzt werden. Denn es braucht genügend Kompetenzen und mehr Fachkräfte, um die ökologische Wende und den Umstieg auf die erneuerbaren Energien herbeizuführen. Nur so wird sichergestellt, dass niemand durch das soziale Netz fällt und wir die benötigten Fachkräfte für die Jahrhundertaufgaben haben.

Die Klimaveränderungen fordern uns zum Handeln auf. Wir haben ein Instrument in der Hand, deshalb stimme auch du am 8. März Ja zur Klimafonds-Initiative.

Florence Brenzikofer, Nationalrätin
GRÜNE BL

BEZAHLEN MIT BARGELD WEITERHIN MÖGLICH

Parteien, Verwaltung und nationale Parlamente mussten sich wegen der Volksinitiative «Bargeld ist Freiheit» mit der Frage des Bargeldzahlens auseinandersetzen, obwohl das nicht bestritten wird. Die Initiative ist dermassen schlecht formuliert, dass der Bundesrat einen Gegenvorschlag formulierte, um die Annahme der Initiative zu verhindern. Sämtliche Parteien ausser der EDU und Teile der SVP lehnten im National- und Ständerat die Initiative ab und unterstützen den Gegenvorschlag, obwohl dieser inhaltlich nichts bringt.

Harald Friedl, Grossrat GRÜNE BS

JA ZUR INDIVIDUALBESTEuerung – EIN GLEICHSTELLUNGSPOLITISCHER MEILENSTEIN

Bereits 1984 entschied das Bundesgericht, dass die steuerliche Mehrbelastung von Ehepaaren gegenüber Konkubinatpaaren verfassungswidrig ist. Ganze 41 Jahre später schafft nun das Bundesparlament die Heiratsstrafe ab, indem es die zivilstandsunabhängige Individualbesteuerung einführt.

Heute zahlen nämlich Ehepaare, bei denen beide berufstätig sind, oft mehr Steuern als Konkubinatpaare: Ihre Einkommen werden zusammengerechnet und sie kommen so in eine höhere Steuerprogression. Deshalb verzichtet die zweitverdienende Person, meistens die Frau, auf ein höheres Arbeitspensum, mit allen Nachteilen bei einer Scheidung und bei der Altersvorsorge. Daher

ist die Individualbesteuerung ein Meilenstein für die Gleichstellung. Nicht mehr der Zivilstand zählt beim Zahlen von Steuern, sondern die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, wie in den allermeisten anderen Ländern.

Von der Abschaffung der Heiratsstrafe werden 50 Prozent der Steuerpflichtigen profitieren, indem sie weniger Steuern zahlen, für 36 Prozent ändert sich nichts. Nur 14 Prozent werden geringfügig mehr belastet: es sind Personen mit hohem Einkommen, die heute einen Steuervorteil aufgrund des Zivilstandes haben. Deshalb ein überzeugtes Ja!

Maya Graf, Ständerätin GRÜNE BL

ja-zur-individualbesteuerung.ch

ABSTIMMUNGEN BASELLAND

JA ZUR KANTONALEN SOLAR-INITIATIVE



Der Umbau unseres Energiesystems ist zentral für den Klimaschutz und die Versorgungssicherheit. Das grösste ungenutzte Potenzial liegt auf unseren Dächern und Fassaden – hier setzt die kantonale Solar-Initiative an.

Sie verpflichtet dazu, Neubauten sowie geeignete Dach- und Fassadenflächen für Solarstrom oder Solarwärme zu nutzen. Bestehende Bauten werden mit Augenmass einbezogen: Industrie-, Gewerbe- und öffentliche Gebäude sollen bis 2035 nachgerüstet werden, Wohnbauten nur bei grösseren Umbauten und ausreichend grossen Dachflächen. Auch grosse, ungedeckte Parkierungsanlagen sollen künftig Solarenergie produzieren.

Im letzten Sommer zeigte sich im Landrat, wie umstritten diese vernünftigen Schritte sind: Sowohl die Solar-Initiative als auch der sorgfältige und breit abgestützte Gegenvorschlag scheiterten unter dem Einfluss von Wirtschaftskammer und Hauseigentümerverband

an der bürgerlichen Mehrheit. Klimaschutz und Versorgungssicherheit wurden damit erneut Partikularinteressen untergeordnet.

WERTSCHÖPFUNG BLEIBT IN BASELLAND

Dabei ist klar: Jede Solaranlage im Baselbiet reduziert die Abhängigkeit von fossilen Energieimporten und stärkt die regionale Wirtschaft. Wertschöpfung und Arbeitsplätze bleiben im Kanton. Die Initiative ist fair ausgestaltet: Der Kanton unterstützt die Nachrüstung, und Ausnahmen sind bei überwiegen den öffentlichen Interessen oder Härtefällen möglich.

Die Bevölkerung kann nun Versorgungssicherheit und eine zukunftsfähige Energiepolitik im Baselbiet voranbringen. Wir GRÜNE sagen Ja zur Solar-Initiative – für Klima, Versorgungssicherheit und eine vorausschauende Energiepolitik im Baselbiet. (md)

JA ZUR KREISLAUFWIRTSCHAFT



Die Förderung der Kreislaufwirtschaft wird oftmals mit dem Schonen der Ressourcen in Verbindung gebracht. Dies ist ein wichtiger Punkt. Ebenso wichtig ist jedoch auch die Reduktion der Abfallmengen. Wusstest du, dass nach dem Verbrennen von fünf Kilogramm Kehrrecht in der Kehrrechtverbrennungsanlage noch ein Kilogramm Schlacke zurückbleibt? Diese wird nach dem Entfernen von Metallen in der Deponie Elbisgraben deponiert. Das Deponievolumen ist

jedoch begrenzt und das Erstellen neuer Deponien stösst meist auf wenig Freude bei den Anwohnenden. Um die Forschung, Entwicklung und Innovation in diesem Bereich zu unterstützen, wollen wir das Konzept der Kreislaufwirtschaft in unsere Verfassung aufnehmen. Zusätzlich soll der veraltete Verfassungsartikel zur Behandlung von Abwasser an die heutige Realität angepasst werden.

Dominique Zbinden, Landrätin jgb/
GRÜNE BL

TEMPO 30 AUFS SPIEL SETZEN? – ZWEIMAL NEIN!



Die Initiative «Tempo 30 auf Hauptstrassen – nur mit Zustimmung des Volkes»? und ihr Gegenvorschlag sind ein unnötiger Eingriff in die Gemeindeautonomie. Bereits heute gilt: Tempo 30 auf Kantonsstrassen ist nur auf Antrag der Gemeinden beim Kanton möglich. Die Vorlagen lösen also kein Problem, sondern schränken bewährte Handlungsspielräume ein. Sie setzen auf aufwendigere und kostenintensive Alternativen, die zusätzliche Mittel von Kanton und Gemeinden erfordern und nicht in allen Situationen gleich wirksam sind. Tempo 30 wirkt an der Quelle. Es ist einfach, kostengünstig und dauerhaft

wirksam, reduziert Lärm und Unfälle, schützt Leben und Gesundheit. Gemeinden bevormunden statt stärken? Deshalb Nein zur Initiative – Nein zum Gegenvorschlag.
Simone Meier, Co-Präsidentin VCS



verkehrsclub.ch/sektionen/tempo-30-aufs-spiel-setzen-2x-nein

NEIN ZUM «PRÄMIENABZUG FÜR ALLE»



Die Initiative «Prämienabzug für alle» verlangt den vollen Abzug der selbst getragenen Krankenkassenprämien vom steuerbaren Einkommen, um den Mittelstand zu entlasten. Doch contra: Kanton und Gemeinden würden jährlich über 100 Millionen Franken verlieren. Der Gegenvorschlag der Regierung bleibt moderat, doch die GRÜNEN lehnen ihn ab – obwohl auch er den Mittelstand entlastet, nichtbedürftige Höherverdienende aber ebenfalls. Das Giesskannenprinzip entlastet und senkt Gesundheitskosten nicht, sondern verschiebt die Kosten ins Steuerbudget und bevorzugt Wohlhabende.
Marco Agostini, Landrat GRÜNE BL

NEIN ZUR «TRANSPARENZ- UND MITWIRKUNGS-INITIATIVE»

Die Verfassungsinitiative «Transparenz- und Mitwirkungsinitiative» klingt attraktiv, ist aber irreführend. Sie will dem Kantonsgericht die abstrakte Normenkontrolle über Verfassung und Gesetze übertragen, mit Publikation der Beschwerden, weitgehender Verfahrensbeteiligung von Landrät*innen, Initiant*innen und Organisationen, beschleunigtem Verfahren und 30-Tage-Frist für einen Ersatz-Erlass. So werden politische Konflikte nach der demokratischen Debatte ans Gericht verlagert, Verfahren verkompliziert und demokratische Mitwirkung geschwächt. Wir GRÜNE Baselland sagen deshalb Nein.
Stephan Ackermann, Landrat und Fraktionspräsident GRÜNE BL

WIEDERAUFLEBEN DES 100er CLUBS



Foto: snb

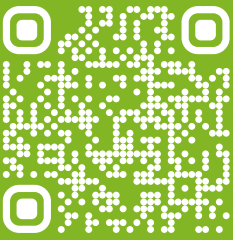
Zu alt um beim jgb mitzumachen? Kein Problem, unterstütze uns mit deiner Mitgliedschaft im 100er Club.

Als wählerstärkste Jungpartei vertreten wir in Basel-Stadt und Basel-Landschaft die Stimme einer jungen, ökologischen und sozialen Bewegung. Bei uns können sich junge Menschen politisch einbringen, sich weiterbilden und aktiv Veränderung schaffen. Sie finden Gleichgesinnte und knüpfen Freundschaften, die unglaublich prägend sein können. Wir sind jung, motiviert und haben eine klare Zukunftsvorstellung, die wir aktiv gestalten wollen. Neben unserer Ausbildung, unserer Lehre oder unserem Studium arbeiten wir mit Herzblut daran, uns politisch weiterzuentwickeln. Wir möchten auf der politischen Bühne erscheinen, bleiben und Eindruck hinterlassen.

Heute sind wir in beiden Kantonsräten durch engagierte und interessierte Personen vertreten. Mit Blick auf die bevorstehenden Wahljahre 2027 und 2028 ist es unser Ziel, diese Sitze zu halten und unsere politische Arbeit weiterzuführen. Neben unserer grossen Motivation sind wir dafür auch auf ausreichende finanzielle Ressourcen angewiesen. Aus diesem Anlass möchten wir Dich herzlich einladen, Teil unseres 100er Clubs zu werden. Als Mitglied wirst Du jährlich zu einem exklusiven Danke-Abendessen eingeladen. Dort erhältst Du persönliche Einblicke in unseren politischen Alltag und hast die Möglichkeit zum direkten Austausch mit dem Vorstand und dem Präsidium. Wenn Du Interesse an einer Mitgliedschaft hast, freuen wir uns sehr über eine Spende von 100 Franken. Bitte sende uns Deine Kontaktdaten an info@jungesgruenesbuenndnis.ch,

damit wir Dir die Rechnung sowie die offizielle Einladung zustellen können. Alternativ kannst Du Dich über unsere Webseite anmelden. Danke vielmals!
Leonina Kuhn und Rebecca Laager, Co-Präsidium

MITMACHEN IM 100er CLUB



jungesgruene.ch/bl-bs/mitmachen/100er-club

ENERGIE STATT IDEOLOGIE

Umweltschutz und Klima sind Daueraufgaben. Umso wichtiger ist es, stets dranzubleiben. Das unternehmen wir in unserem Kanton. 2024 konnten wir zu Gunsten der nächsten Generation das bisher mit Abstand grösste Altlasten-Sanierungsprojekt in Angriff nehmen, die «Feldreben» Muttensz (Gesamtkosten rund 300 Millionen). 2025 wiederum konnten wir das bisher in unserem Kanton grösste Hochwasserschutz- und Revitalisierungsprojekt starten. Laufen soll besser geschützt werden, indem das Birsbett ausgeweitet und damit revitalisiert wird – wie heute schon z.B. in Arlesheim. Zugleich wird das Zentrum des Laufentals sehr attraktiv. Ende 2025 konnten wir auch beim ÖV-Angebot einen gewaltigen Sprung machen mit Viertelstunden-Takt-S-Bahn, Doppelspur Laufental und bisher stärkster Ausweitung des Angebots. Bereits seit 2024 wirksam für den Neubau und seit Beginn 2026 auch für bestehende Bauten ist das «Erneuerbare Heizen». Hier steht voraussichtlich im Juni eine Abstimmung an, welche dieses Rad ganz zurückdrehen möchte. Volles Engagement wird darum auch 2026 nötig sein!

Isaac Reber, Regierungsrat

AUSGABEN- UND FINANZPLAN: ZWISCHEN DETAILBERATUNG UND GRUNDSATZFRAGEN

In diesem Jahr beugte sich der Landrat aussergewöhnlich lange über den Ausgaben- und Finanzplan (AFP) – beinahe eineinhalb Sitzungstage. Hat sich dieser Aufwand gelohnt? Insgesamt lagen 20 Budgetanträge vor, vier davon von den GRÜNEN. Einer unserer Anträge schaffte es über die Ziellinie: 50 000 Franken für das Projekt «Begleiten Palliative Care» des SRK Baselland. Die SP brachte zum Themenbereich Bildung und Gesundheit mehrere Vorstösse ein. Dabei ging es nicht bloss um ein paar Tausend Franken, sondern um wiederkehrende Mehrausgaben in Millionenhöhe pro Jahr. Das führte teil-

weise zu emotionalen Voten. In der Sache konnten wir GRÜNE mehrheitlich hinter den Anliegen der SP stehen. Die Differenzen zeigten sich vor allem beim «Wie»: Bei derart hohen Beträgen und richtungsweisenden Entscheiden sollten aus unserer Sicht vorgängig die zuständigen Fachkommissionen vertieft beraten – anstatt dass spontane Mehrheiten im Landrat darüber befinden. Doch Politik folgt nicht immer ausschliesslich Vernunft und Logik. Oft spielen auch Herzblut, Symbolik und politische Zeichen eine wichtige Rolle. **Stephan Ackermann, Landrat und Fraktionspräsident GRÜNE BL**

ELIF ÇAKAR AM 8. MÄRZ IN DEN BINNINGER GEMEINDERAT!

Die Grüne Einwohnerrätin Elif Çakar kandidiert für den frei gewordenen Sitz im Gemeinderat Binningen. Elif kennt die Region Basel seit vielen Jahren und ist bestens vernetzt. Mit ihrer Offenheit und Herzlichkeit baut sie Brücken zwischen den Generationen. Als diplomierte Pflegefachfrau und Sozialpädagogin weiss Elif Çakar, wie wichtig eine gut funktionierende und für alle zugängliche Gesundheitsversorgung ist. Sie setzt sich für ein

gut koordiniertes Angebot im Gesundheitsbereich, für eine konstruktive Zusammenarbeit in den Gremien und für soziale Gerechtigkeit ein. Die GRÜNEN Baselland freuen sich über diese Kandidatur und wünschen Elif einen engagierten und erfolgreichen Wahlkampf. (nfs)

Die GRÜNEN Baselland sind Gastgeberin der Delegiertenversammlung der GRÜNEN Schweiz am 21. März 2026! Wir freuen uns darauf, Grüne aus der ganzen Schweiz im Elefantehaus in Liestal willkommen zu heissen.
gruene-bl.ch/event/delegiertenversammlung-liestal

KLIMASCHUTZSTRATEGIE ORIENTIERT SICH JETZT AN DEN ZIELEN DES KANTONS

Die Klimaschutz-Ziele der Bürgergemeinde Basel wurden von uns im Bürgergemeinderat als zu wenig ambitioniert und der Einbezug des Parlaments in die Diskussion der Ziele und des Fortschritts von deren Erreichung als unbefriedigend empfunden. Im Juni 2023 hat der Bürgergemeinderat dann einen Auftrag von uns überwiesen, der die Klimaschutzstrategie der Bürgergemeinde mit vergleichbaren übergeordneten Konzepten wie der kantonalen Verfassung abgleicht und den Bürgergemeinderat in die Weiterentwicklung und das Controlling der Klimaschutzstrategie der Bürgergemeinde einbindet. Im Juni 2023 wurde dieser vom Bürgergemeinderat überwiesen. Im Frühjahr 2025 hat der Bürgerrat dazu berichtet und sich bereit erklärt,

dass er sich bei der Konkretisierung und Umsetzung unserer Klimaschutzstrategie an der Klimaschutzstrategie des Kantons Basel-Stadt orientieren will. Der Einbezug des Bürgergemeinderats soll dadurch gewährleistet werden, dass die Sachkommissionen und die Aufsichtskommission halbjährlich Informationen zum Stand der Umsetzung und Zielerreichung erhalten. An der Sitzung des Bürgergemeinderats vom 9. Dezember wurde dem zugestimmt, sodass wir jetzt zuversichtlich sind, dass auch die Bürgergemeinde Basel in Sachen Klimaschutz zukünftig sowohl hinsichtlich der Ziele als auch in Bezug auf das Tempo endlich mehr Ehrgeiz an den Tag legt als bisher.

Stefan Rommerskirchen, Bürgergemeinderat

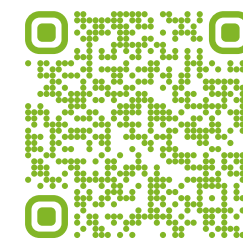
ELISABETH BRAUN VERABSCHIEDET

Per Ende Dezember scheidet Elisabeth Braun nach 17 Jahren als Gerichtspräsidentin am Zivilgericht aus dem Amt. Elisabeth konnte 2008 als erste GRÜNE

in Basel-Stadt in einer Volkswahl ein Gerichtspräsidium erreichen. Nach einer Berufsausbildung erreichte sie über den zweiten Bildungsweg einen Dokortitel in Jurisprudenz im Themenbereich Umweltrecht. Vor ihrer Tätigkeit als Zivilgerichtspräsidentin war sie beim Bundesamt für Justiz und bei der Sozialhilfe Basel-Stadt tätig. Elisabeth war eine engagierte Gerichtspräsidentin, die sich auch ehrenamtlich um die Probleme von Familien kümmerte. (ot)

SIBEL WECHSELT ZU UNS!

Am 20. Januar konnte der Vorstand erfreut Sibel Arslans Wechsel von BastA! zu uns zur Kenntnis nehmen. Wir werden die gute Zusammenarbeit mit BastA! auf allen Ebenen weiterführen. Mehr dazu hier:



gruene-bs.ch/medien/sibel-arslan-wechselt-zu-den-gruenen-basel-stadt

BUDGETSITZUNG IM GROSSEN RAT

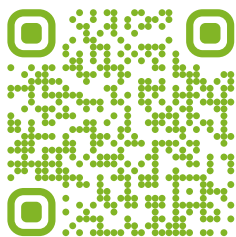
Vor Weihnachten konnten wir das Budget vom Kanton verabschieden. Kurz und knapp zusammengefasst: Wir erwarten einen Überschuss von 8 Millionen Franken Ende 2026. Die OECD-Mindeststeuer wird umgesetzt, welche Steuereinnahmen einbringt, die in den Standortförderungs-Fonds fliessen. Diesen Vorgang möchten wir kritisch begleiten, damit 20 Prozent dieses Geldes auch wirklich für die Gesellschaft und Umwelt ausgegeben werden. Es liegt somit eine solide Finanzpolitik vor, auf welche die Bürgerlichen mit einer (unverständlichen) Sparübung mit Brechstange reagieren wollten: Eine lineare Kürzung des Budgets um ein Prozent. Zum Glück wurde dieser Antrag abgelehnt. Dafür konnten wir zusätzliche Personalressourcen bei der Schulsozialarbeit und einem Projekt gegen Einsamkeit sprechen. Und vielleicht kommen im Januar noch die eine oder andere Budgetänderung der GRÜNEN/jgb durch: Anina Ineichen fordert mehr Mittel für Schullager und Exkursionen, Harald Friedl möchte mehr Unterstützung für die Kinder- und Jugendförderung im oberen Kleinbasel und Laurin Hoppeler fordert finanzielle Sicherheit für die Treffpunkte Breite, Wettstein und LoLa. Wir sehen gezielte Investitionen als Einsparungen in der Zukunft: Sei es bei der Energieversorgung, Klimakrise oder der (psychischen) Gesundheit der Bevölkerung.

Anouk Feurer, Grossrätin

DIGITALISIERUNG UND DEMOKRATIE

Im November traf sich die «grüne Schweiz» zum Sommet du Changement, um über Digitalisierung und Demokratie zu diskutieren. Hier geht's zu den wichtigsten Erkenntnissen.

Anina Inneichen, Grossrätin



gruene-bs.ch/blog/digitalisierung-und-demokratie

BESUCH GRÜNE STUTTGART



Anfang Dezember reiste eine Basler Delegation nach Stuttgart, eingeladen von den Grünen-Abgeordneten Niklaus Nüssle (Waldshut) und Sarah Hagmann (Lörrach). Pünktlich und mit Bordbistro-Frühstück ging's los – der Stuttgarter Bahnhof bleibt übrigens eine ewige Baustelle.

Im beeindruckenden Landtagsgebäude empfing uns eine quirlige Besucherdienstmitarbeiterin. Auf der Tribüne merkten Jérôme und ich schnell: Hier geht es anders zu und her! Handy-nutzung, übers Geländer lehnen, sogar ein Blatt Papier ablegen – alles verboten. Während unten über Raumfahrt debattiert wurde, staunten wir über die vielen inszenierten Zwischenrufe und den Applaus. Besonders faszinie-

rend: In Stuttgart protokollieren noch echte Stenograf*innen – bei uns läuft das längst automatisch. Neben der Plenums-sitzung besuchten wir den Europa-Ausschuss.

Der Austausch mit den Grünen zum Abschluss des Tages zeigte uns, wie anders Politik wird, wenn sie vollberuflich funktioniert und die Grünen in der Regierung sind: zwei Stockwerke Büro nur für die Grüne Fraktion, 45 Mitarbeitende, sogar grüne Merch-Kaffeetassen. Und im Nachgang wird klar, auch der Umgang mit der AfD und deren Auftritt beschäftigt uns. Wie sich der Fraktionsvorsitzende Baron (der heisst wirklich so) verhielt, hinterlässt ein ungutes Gefühl. Nächstes Jahr sind Wahlen im Landtag! Wir wünschen den baden-württembergischen Grünen viel Erfolg für die Wahlen 2027 – und hoffen, die AfD bleibt unter den aktuellen Umfragen.

Jo Vergeat, Fraktionspräsidentin

NEUJAHRSAPÉRO



Am 11. Januar trafen wir uns zum gemeinsamen Neujahrsapéro. In einem Jahr, das bereits turbulent gestartet ist, setzen wir bewusst ein starkes Zeichen: Solidarität ist und bleibt unser Kompass – international, schweizweit und auch in unserem nächsten Umfeld. Mit Zusammenhalt und Zuversicht blicken wir auf wegweisende Abstimmungen, die anstehen. Gemeinsam starten wir in ein 2026 voller Engagement, Austausch und entschlossenem Einsatz für eine gerechte Zukunft. (nfs)

PAROLEN MÄRZ

NATIONAL

Ja zur Klimafonds-Initiative

Ja zur Individualbesteuerung

Nein zur SRG-Halbierungsinitiative

Nein zur Bargeld-Initiative,
Ja zum Gegenvorschlag

BASELSTADT

Ja zur Solar-Initiative

Ja zur Kreislaufwirtschaft

Nein zur «Transparenz- und Mitwirkungsinitiative»

Nein zu Prämienabzug und zum Gegenvorschlag

Nein zur Tempo 30-Initiative und zum Gegenvorschlag

AGENDA

12. Februar: Feministisches Netzwerk BS

3. März: Jahres-MV GRÜNE BS

8. März: Unterschriftensammeltag

21. März: Delegiertenversammlung GRÜNE CH in Liestal

17. April: Jahres-MV GRÜNE BL

DAS LETZTE

Die Spitalplanung ist ein Streitpunkt der beiden Regierungsräte. Es erinnert an die Fabel vom Pfau und Gockel: Beide treffen sich eines Abends, der eine auf der Flucht vor dem Fuchs, der andere vor dem Bauern. Würden beide gemeinsam vorgehen, könnten sie sich des Bauern erwehren oder wären stark genug, um den Fuchs zu überwinden. Stattdessen streiten sie so lange, bis sie gehört und... naja, bitteres Ende eben. Zum Glück haben unsere Regierungsräte noch je ein Parlament zur Seite, das vielleicht eine gescheitere Lösung kennt, und vielleicht kommt doch noch eine grüne Fee zur Rettung.